

Stadt - Gemeinde O f f e n a u a. N.

Landkreis Heilbronn a.N.

Satzung

über die

Aufstellung - ~~Änderung~~ / ~~Ergänzung~~ / ¹⁾ des Bebauungsplanes " K l ä r a n l a g e "

Auf Grund von § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (GesBl. S. 129) hat der Gemeinderat am
6. September 1966 folgenden

Bebauungsplan

für " K l ä r a n l a g e "²⁾
beschlossen:

Einziger Paragraph³⁾

(1) Der vorgenannte Bebauungsplan besteht aus den nachstehend bezeichneten Anlagen 1 bis 2, die Bestandteil dieser Satzung sind, und zwar⁴⁾

1. a. Lageplan zum Bebauungsplan "Kläranlage" vom 17. Mai 1966 vom Staatlichen Vermessungsamt Heilbronn, Nebenstelle Neckarsulm.
b. Anhängender Textteil.
2. Begründung zum Bebauungsplan "Kläranlage".

(2) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus der Anlage 1, in der seine Grenzen eingezeichnet sind.

Offenau a.N., den 6. Sept. 1966

Der oben genannte Bebauungsplan wurde am 14. Feb. 1967
vom LRA Heilbronn
genehmigt.

Genehmigung und Auslegung wurden am
bzw. in der Zeit vom bis
durch öffentlich bekanntgemacht⁵⁾.
Der Bebauungsplan ist damit am in Kraft
getreten⁶⁾.

....., den
Bürgermeister



Bürgermeister

Wirsching
Wirsching

^{*)} Entspricht dem vom Württ. Gemeindetag ausgearbeiteten und in der Württ. Gemeindezeitung veröffentlichten Satzungsmuster.

Erläuterungen (siehe Fußnoten auf der Vorderseite)

- 1) Nichtzutreffendes streichen.
- 2) Den Namen einsetzen, mit dem der Bebauungsplan bezeichnet werden soll; bei einer Änderung oder Ergänzung des Bebauungsplanes ist z. B. einzusetzen „Zur Änderung des Bebauungsplanes X“.
- 3) Soll ein Bebauungsplan aufgehoben werden, so wäre der Beschluß wie folgt zu fassen:
„Der am aufgestellte Bebauungsplan für das Gebiet
wird hiermit aufgehoben.“
Die Bezeichnung der Satzung und der Vermerk über die Genehmigung usw. wäre sinngemäß abzuändern.
- 4) Im folgenden sind die einzelnen Anlagen aufzuführen, z. B. die Art und das Datum des Planes mit der Bezeichnung des Planfertigers, die Bebauungsvorschriften, die Begründung usw. (vgl. § 9 Abs. 6 BBauG).
- 5) Für die Bekanntmachung gilt § 12 BBauG. Im übrigen ist die örtliche Bekanntmachungs-Satzung sinngemäß anzuwenden.
- 6) Der Bebauungsplan wird mit der Bekanntmachung rechtsverbindlich (§ 12 BBauG), also mit dem Tag ihrer Veröffentlichung im amtlichen Verkündigungsblatt bzw. bei Bekanntmachung durch Aushang mit dem Tag nach Ablauf der Aushängefrist.